



Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa

EU-INFORMATIONEN

Aktuelles aus Brüssel und Bremen

Ausgabe 3 2009

www.europa.bremen.de

Inhaltsverzeichnis

Bremen und Europa	4
Europäisches Wochenende in Bremen	4
„Besser leben durch Europa?!“	5
Europawoche 2009 in Bremen	6
Finanzen	6
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Ein Programm für Europa	6
EP beschließt strengere Regeln für Kreditratingagenturen	7
Schneller und gezielter Einsatz der EU-Strukturfonds in der Wirtschaftskrise	8
Beschäftigung, Bildung und Soziales	8
Geplanter „Beschäftigungsgipfel“ der EU-Mitgliedstaaten abgesagt	8
EU-Programm „Jugend in Aktion“ 2007-2013 – Informationen zur Jahresausschreibung für 2009	9
EuGH: Verstößt „Riesterrente“ gegen EU-Recht?	10
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen fehlender Anerkennung von Berufsqualifikationen	10
Studie der Kommission zur sozialen Folgenabschätzung von legislativen und anderen Vorschlägen im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik	11
Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung	12
IKT-Forschung: Europäische Kommission fordert Verdoppelung der Mittel	12
Kommission untersucht Wirksamkeit der Innovationsförderung	12
Markenschutz wird günstiger: ab Mai rund 60 Mio. € Einsparungen	13
Studie: Welche Europäischen Städte mögen Unternehmer?	13
Umwelt und Energie	14
„Öko-Design“: Verbrauchskennzeichnung für energiesparende Elektrogeräte im Haushalt	14
Verkehr und Stadtentwicklung	15
Ausschreibung: Beinah eine Milliarde Euro für Projekte zum Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes	15
Gesundheit und Verbraucherschutz	16
EP für einfacheren Zugang zu Gesundheitsleistungen im Ausland	16
Veröffentlichung des jährlichen Berichts der Kommission zur Produktsicherheit ..	17
Lebensqualität in Europa	18
Justiz und Inneres	18
Rahmenbeschlussvorschläge der Kommission zur Bekämpfung von Menschenhandel, sexuellem Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie	18

Informationsgesellschaft, Medien und Kultur 19

 Durchbruch bei Telekom-Reformpaket, Gesamtlösung wahrscheinlich 19

 Roaming-Verordnung: EP-Abgeordnete und Ratspräsidentschaft einigen sich auf
 weitere Tarifsenkungen..... 19

 Bremer Literaturpreisträger in Brüssel 20

Redaktion 21

Bereich Europa..... 21

Bremen und Europa

Kampagne „Bremen wählt Europa“



7.6.2009: Wahlen zum
Europäischen Parlament

Europäisches Wochenende in Bremen

Am 18. April wurde im Rahmen der Kampagne „Bremen wählt Europa“ der Countdown „50 Tage bis zur Wahl“ gestartet. Mit einem Infostand, einer Luftballonaktion und Musik zeigte sich die Kampagne am Samstagvormittag den vielen Passanten, die in die Innenstadt strömten. Es bot sich die Möglichkeit für Gespräche und Information sowie die Teilnahme am Gewinnspiel „Wahlzeit“. Besucher des Informationsstandes konnten zudem mit einem Ball ein Votum darüber abgeben, ob sie wählen gehen werden oder nicht oder sich noch nicht sicher sind. Erfreulicherweise war das „Ich gehe wählen“-Glas am Ende der Aktion fast randvoll mit Bällen gefüllt.

Am Sonntag lud die Kampagne in das Foyer des Theaters am Goetheplatz zu einer Matinée ein. Die Besucherinnen und Besucher erwartete ein unterhaltsames Programm, das von Herrn Frey, Intendant des Theaters, eröffnet wurde. Neben musikalischen Beiträgen von Sängerinnen des Opernstudios gab es Wahlkampfreden von zwei Schülern, eine Lesung aus dem Buch „In Europa“ von Gert Mak, die durch zwei Schauspieler des Hauses gehalten wurde, sowie eine Festrede von Altbürgermeister Hans Koschnick, eingeleitet durch Frau Prof. Dr. Liebert. Hans Koschnick wandte sich in seiner Rede vor allem an das sehr stark vertretene junge Publikum, schlug einen weiten historischen Bogen und betonte die Verantwortung der jungen Generation für eine friedvolle und solidarische Gemeinschaft in Europa.



„Besser leben durch Europa?!“

Am Dienstag, dem 5. Mai 2009, findet im Festsaal des Bremer Rathauses von 16 - 18 Uhr die zentrale Veranstaltung zur Europawoche „Besser leben durch Europa?!“ statt. Geplant ist ein dichtes Unterhaltungsprogramm in Zusammenarbeit mit Radio Bremen, das einen anregenden und kurzweiligen Überblick zu verschiedenen Themenbereichen Europas bietet.

Es wird gezeigt, wie europäisch Bremen heute bereits ist und stellt wichtige Bremer EU-Aktivitäten vor. Die Beiträge informieren über Bremer Europaschwerpunkte in den Bereichen berufliche Mobilität, Bildung, Umwelt und Verbraucherschutz.

Musikalisch begleitet wird die Veranstaltung durch das Duo Elixier (Saxophon und Gitarre), Flowin´ ImmO sowie den Sieger des Schülerwettbewerbs „Ein Lied für Europa“.

Weitere Termine der Kampagne „Bremen wählt Europa“

- 5.05.09; 16:00 bis 18:00 Uhr: „Besser leben durch Europa?“ – Zentrale Veranstaltung der Europawoche im Festsaal des Rathauses
- 11.05.09, 16:00 Uhr: Podiumsdiskussion der Handelskammer mit den WahlkandidatInnen, im Haus Schütting
- 15.05.09; 9:00 bis 14:00 Uhr: „Bremen goes Europe“ – eine europapolitische Diskussion für und mit Jugendlichen, in der Handwerkskammer Bremen
- 17.05.09; 11:30 bis 13:00 Uhr: EU-Kulturpolitische Veranstaltung im Schauspielhaus des Theaters Bremen
- 28.05.09; 19:30 Uhr: Podiumsdiskussion mit den WahlkandidatInnen in Kooperation mit dem Weser-Kurier im „Kwadrat“ der Werkstatt Bremen

Weitere Veranstaltungen und Aktionen - auch in den Stadtteilen - und mehr Informationen zur Kampagne unter www.bremen-waehlt-europa.de

Außerdem:

Europawoche 2009 in Bremen



Veranstaltungskalender unter www.europa.bremen.de/epb

... oder direkt abholen im EuropaPunktBremen (es sind auch noch Exemplare zum Auslegen und Verteilen erhältlich).

Finanzen

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss: Ein Programm für Europa

Der 1957 eingerichtete Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) ist eine beratende Institution der Europäischen Union, die den zentralen EU-Organen (Europäisches Parlament, Rat der Mitgliedstaaten, Europäische Kommission) mit ihrem Sachverstand zur Seite steht, Stellungnahmen zu EU-Legislativvorschlägen vorlegt und in Initiativstellungnahmen weitere Themen behandelt, die seiner Meinung nach aufgegriffen werden sollten. Die Mitglieder des EWSA gehören einer der drei folgenden Gruppen an: "Arbeitgeber", "Arbeitnehmer" oder "Verschiedene Interessen" (d.h. Landwirte, Verbraucher, Umweltschutzorganisationen, Familienverbände, NGO usw.).

In seiner "Brückenfunktion" zwischen den EU-Institutionen und der organisierten Zivilgesellschaft fördert der EWSA die Rolle der Organisationen der Zivilgesellschaft durch den Aufbau eines "strukturierten Dialogs" mit den betreffenden Interessengruppen in den EU-Mitgliedstaaten und in anderen Ländern weltweit.

Auf seiner Plenartagung Ende März 2009 hat der EWSA jetzt ein langfristig angelegtes Strategiepapier zu den künftigen Herausforderungen Europas vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise verabschiedet. Es enthält ein Paket mit konkreten Maßnahmenvorschlägen und Initiativen, die der EWSA für erforderlich

hält, um die Auswirkungen der aktuellen Krise zu bewältigen und ein nachhaltiges Wachstum für die Zukunft zu schaffen. Das vorgelegte „Programm für Europa - die Vorschläge der Zivilgesellschaft“ ist daher - anders als die sonstigen, themenbezogenen Stellungnahmen des EWSA - als eine umfassende, strategische und langfristige Vision für die Zukunft Europas zu verstehen. Es enthält eine Reihe von Empfehlungen zu vier Themenbereichen - wirtschaftlicher Aufschwung, Grundrechte und europäisches Sozialmodell, nachhaltige Entwicklung sowie Governance - und soll dem neu gewählten Europäischen Parlament und der Kommission vorgelegt werden.

In Verbindung mit der Europawahl vom 4. - 7. Juni 2009 ruft der Ausschuss die EU-Institutionen, die Mitgliedstaaten und die Interessenvertreter auf, sich dafür einzusetzen, dass es im Wahlkampf um Themen von europäischem Interesse geht und nicht nationale Fragen im Vordergrund stehen.

Text „Programm für Europa - die Vorschläge der Zivilgesellschaft“:

http://www.eesc.europa.eu/documents/programme-for-europe/2009-03-24-programme-for-Europe_de.pdf

Information zum EWSA: http://eesc.europa.eu/index_de.asp

EP beschließt strengere Regeln für Kreditratingagenturen

Nachdem die Ratingagenturen durch Fehlbewertungen von Unternehmen in Verruf geraten waren, stellt die Europäische Union diese Agenturen unter staatliche Aufsicht. Hierzu hat das Europäische Parlament einem Verordnungsvorschlag zugestimmt.

Ratingagenturen benötigen nunmehr eine Zulassung. Sie müssen beispielsweise die Kriterien und grundlegenden Annahmen offen legen, auf die sie ihre Bewertungen stützen. Überdies sind sie jetzt verpflichtet, interne Kontrollstellen einzurichten und einen jährlichen Transparenzbericht vorzulegen.

Insgesamt sollen die neuen Regelungen für mehr Transparenz sorgen und die Agenturen stärker in die Verantwortung nehmen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.euractiv.com/de/finanzdienstleistungen/parlament-stimmt-strenger-regeln-kreditratingagenturen/article-181599>

Schneller und gezielter Einsatz der EU-Strukturfonds in der Wirtschaftskrise

Nach dem Willen des EU-Parlaments sollen die EU-Strukturfonds im Kampf gegen die Wirtschaftskrise schneller und gezielter eingesetzt werden können. Einem entsprechenden Vorschlag der EU-Kommission stimmten die Abgeordneten am 2. April 2009 zu. Zwei Prioritäten werden verfolgt: erstens eine Beschleunigung der Ausgaben, damit weiter Liquidität für die Durchführung der Vorhaben gegeben ist, und zweitens eine Vereinfachung der Bestimmungen, die eine raschere Durchführung der Programme und Vorhaben ermöglichen soll.

Vier Hauptbereiche sind für Interventionen vorgesehen:

- Erhöhung der Unterstützung durch die Europäische Investitionsbank und den Europäischen Investitionsfonds: Beide Institutionen können mehr finanzielle Unterstützung für technische Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Durchführung von Projekten bereitstellen.
- Vereinfachung der Förderfähigkeit der Ausgaben: Zahlungen für Gemeinkosten auf der Grundlage von pauschalen Fördersätzen werden möglich. Ferner werden Sachleistungen als förderfähige Ausgaben anerkannt; dies erleichtert die Erreichung des Kofinanzierungsanteils.
- Erhöhung des Vorschusses für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Europäischen Sozialfonds: Die Höhe der zusätzlichen Vorschüsse, die mit dieser Maßnahme erreicht wird, beträgt 6,25 Mrd. €
- Beschleunigung der Ausgaben für Großprojekte: Um die Zahlungen zu beschleunigen, wird die Möglichkeit vorgesehen, Anträge auf Zahlungen für Kosten einzureichen, die vor der Genehmigung des Projekts durch die Kommission entstanden sind. .

Weitere Informationen (englisch):

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/file.jsp?id=5721442>

Beschäftigung, Bildung und Soziales

Geplanter „Beschäftigungsgipfel“ der EU-Mitgliedstaaten abgesagt

Nach Beratung der Staats- und Regierungschefs der EU auf dem „Frühjahrgipfel“ im März wurde überraschend der für den 7. Mai in Prag gemeinsam mit den Sozialpartnern geplante „Beschäftigungsgipfel“ der Staats- und Regierungschefs abgesagt und in ein sog. Troikatreffen umgewandelt. Praktisch bedeutet diese Entscheidung, dass sich nur die Regierungschefs der aktuellen tschechischen EU-Ratspräsidentschaft und der beiden folgenden schwedischen und spanischen Ratspräsidentschaften mit dem Präsidenten der EU-Kommission Barroso in Prag treffen werden, ggf. auch in einem noch kleinerem Kreis.

Dafür könnten mehrere Gründe ausschlaggebend gewesen sein. Zum einen gab es offenbar die Befürchtung, die u.a. auch vom französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy geteilt wurde, dass mit einem solchen „Beschäftigungsgipfel“ unrealistische Erwartungen in der europäischen Öffentlichkeit über weitere, zusätzliche Maß-

nahmen und Programme der EU-Mitgliedstaaten geweckt würden. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist jedoch national geregelt, so dass der EU in diesem Politikbereich nur geringe Kompetenzen zukommen. Auch Befürchtungen, dass dieses Treffen aller EU-Staats- und Regierungschefs in Prag Anlass zu Protesten und Demonstrationen geben könnte, haben möglicherweise eine Rolle gespielt.

Die Entscheidung der EU-Staats- und Regierungschefs hat zu einer breiten Reaktion von Enttäuschung und Kritik in der EU-Kommission, im Europäischen Parlament, im Ausschuss der Regionen und im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU und bei vielen Nichtregierungsorganisationen geführt.

EU-Programm „Jugend in Aktion“ 2007-2013 – Informationen zur Jahresaus-schreibung für 2009

Der am 23. Dezember 2008 veröffentlichte Aufruf zur Einreichung von Projekt-vorschlägen für 2009 bezieht sich auf verschiedene Untermaßnahmen der insgesamt fünf Aktionsbereiche dieses EU-Programms, das folgende allgemeine Ziele verfolgt:

- Förderung der aktiven Bürgerschaft junger Menschen im Allgemeinen und ihrer europäischen Bürgerschaft im Besonderen,
- Entwicklung der Solidarität und Förderung der Toleranz unter jungen Men-schen, insbesondere zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes in der Euro-päischen Union,
- Förderung des gegenseitigen Verständnisses zwischen jungen Menschen in verschiedenen Ländern,
- Beitrag zur Entwicklung der Qualität von Unterstützungssystemen für Jugend-aktivitäten und der Kompetenzen von Organisationen der Zivilgesellschaft im Jugendbereich,
- Förderung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich.

Das Programm ist in 5 Aktionsbereiche gegliedert:

Aktion 1 - [Jugend für Europa](#)

Aktion 2 - [Europäischer Freiwilligendienst](#)

Aktion 3 - [Jugend in der Welt](#)

Aktion 4 - [Unterstützungssysteme für junge Menschen](#)

Aktion 5 - [Unterstützung der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich](#)

Die Projektvorschläge müssen, je nach Maßnahme, entweder zentral bei der Europäischen Kommission in Brüssel oder bei der Nationalagentur für Deutschland in Bonn eingereicht werden. Für 2009 gelten jeweils unterschiedliche Antragsfristen für die Aufrufe.

Weitere Infos unter:

http://ec.europa.eu/youth/index_de.htm

EuGH: Verstößt „Riesterrente“ gegen EU-Recht?

Ján Mazák, Generalanwalt beim Europäischen Gerichtshof (EuGH), hält nach seinen Schlussanträgen vom 31. März 2009 im Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission gegen Deutschland die Einkommensteuerregelungen zur Förderung der so genannten Riesterrente für unvereinbar mit dem EU-Recht auf Freizügigkeit und dem Diskriminierungsverbot aufgrund der Staatsangehörigkeit (Rechtssache C-269/07).

In ihrer Klage hatte die Kommission es als Verletzung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer gerügt, soweit nach den Regelungen der „Riesterrente“

- nicht unbeschränkt steuerpflichtigen Grenzarbeitnehmern die Zulage verweigert,
- eine Verwendung des geförderten Kapitals für eine zu eigenen Wohnzwecken dienende Wohnung im eigenen Haus außerhalb Deutschlands ausgeschlossen wird und
- eine Pflicht zur Rückzahlung der Förderung bei Beendigung der unbeschränkten Steuerpflicht vorgesehen ist.

In der „Riesterrente“ sieht der Generalanwalt eine soziale Vergünstigung. Sie diskriminiere mittelbar die Grenzarbeitnehmer aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit. Das Ziel Deutschlands, mit der Regelung einen ausreichenden Wohnungsbestand zu sichern, werde auch durch eine Wohnung eines Grenzarbeitnehmers in einem anderen Mitgliedstaat erreicht. Die Pflicht zur Rückzahlung der Förderung betreffe in erster Linie Ausländer und stelle damit ebenfalls eine mittelbare Diskriminierung dar. Denn die Zahl der beim Ruhestand in ihre Heimatländer zurückkehrenden Ausländer sei um ein Vielfaches höher als die Zahl der Deutschen, die sich im Ausland zur Ruhe setzten. Die Regelung schrecke Unionsbürger gleich welcher Nationalität davon ab, ihren Wohnsitz von Deutschland in einen anderen Mitgliedstaat zu verlegen. Auch deutsche Arbeitnehmer würden in ihrem Recht auf Freizügigkeit beschränkt, da die Rückzahlungsverpflichtung diejenigen abhalten, die in einem anderen Mitgliedstaat erwerbstätig sein oder nach ihrem Erwerbsleben als Rentner ins Ausland ziehen wollten.

Die Anträge sind in deutscher Sprache unter Eingabe der Rechtssachennummer über das Suchformular des EuGH unter folgender Internetadresse abrufbar:

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de>

Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen fehlender Anerkennung von Berufsqualifikationen

Die Kommission hat Deutschland förmlich aufgefordert, seine Rechtsvorschriften über die Anerkennung der Berufsqualifikationen von Manualtherapeuten zu ändern. Diese Vorschriften stünden nicht mit dem Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung, der in der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen festgelegt ist, im Einklang.

Die Aufforderung, die in Form einer mit Gründen versehenen Stellungnahme erfolgte, ist bereits die zweite Stufe des Vertragsverletzungsverfahrens nach Artikel 226 EG-

Vertrag. Erhält die Kommission binnen zwei Monaten keine zufrieden stellende Antwort, kann sie den Europäischen Gerichtshof anrufen.

Sachstand ist, dass Physiotherapeuten in Deutschland nach den im Rahmen des Fünften Sozialgesetzbuches erlassenen Rahmenempfehlungen verpflichtet sind, eine Weiterbildung in manueller Therapie zu absolvieren, wenn sie diese Leistungen mit den gesetzlichen Krankenkassen abrechnen möchten. Auf dieser Grundlage erkennen die deutschen Behörden die in anderen EU-Mitgliedstaaten erworbenen Berufsqualifikationen nicht an, weil ihre Ausbildungsgänge von den in Deutschland geltenden Anforderungen abweichen.

Deutschland kann zwar die Anerkennung einer in einem anderen Mitgliedstaat erworbenen Ausbildung von einer Eignungsprüfung oder einem Anpassungslehrgang abhängig machen, wenn die Ausbildungsanforderungen in dem anderen Mitgliedstaat wesentlich von den in Deutschland geltenden Anforderungen abweichen. Die Anerkennung kann aber von Deutschland nicht mit der Begründung verweigert werden, dass die Ausbildungsgänge nicht vergleichbar seien.

Eine Übersicht über alle Vertragsverletzungsverfahren findet sich unter (englisch):
http://ec.europa.eu/community_law/infringements/infringements_decisions_en.htm

Studie der Kommission zur sozialen Folgenabschätzung von legislativen und anderen Vorschlägen im Bereich der Sozial- und Beschäftigungspolitik

Die am 6. April 2009 veröffentlichte umfangreiche Studie beinhaltet eine Untersuchung und Bewertung von Instrumenten zur Folgenabschätzung von Legislativ- und Nichtlegislativvorschlägen im Sozial- und Beschäftigungssektor. Aufgrund ihrer Vielfalt und Komplexität ist die Wirkung von solchen Vorschriften in diesen Sektoren besonders schwer einzuschätzen und kontinuierliche Verbesserungen und Verfeinerungen der Bewertungsinstrumente sind notwendig. So hat die Kommission z. B. im Jahr 2003 Richtlinien zum Vorgehen bei Folgeabschätzungen verabschiedet, die seitdem regelmäßig aktualisiert wurden.

Diese neue Studie entwickelt den Kenntnisstand weiter, indem sie eine Sammlung der Standard- und besten verfügbaren Verfahren zusammenfasst und diese in hypothetischen Fallbeispielen aus den strategischen Politikfeldern Transport, Binnenmarkt (Mehrwertsteuer), Energie und Handel anwendet.

Die Datenbank, die englischsprachige Studie und eine deutsche Zusammenfassung sind zu finden unter:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=485&furtherNews=yes>

Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

IKT-Forschung: Europäische Kommission fordert Verdoppelung der Mittel

Die Europäische Kommission hat in einer Mitteilung vom 13. März 2009 Strategien für die Förderung von Forschung und Innovation im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) vorgelegt. Darin fordert sie die Mitgliedstaaten und Unternehmen auf, ihre Ressourcen zu bündeln und im Bereich der IKT-Forschung und -Innovationen verstärkt zusammenzuarbeiten.

Damit Europa bei der IKT-Forschung und bei der Produktion und Entwicklung innovativer IKT-gestützter Produkte und Dienste gegenüber seinen weltweiten Konkurrenten aufholen kann, schlägt die Kommission eine Reihe von Maßnahmen vor. Sie fordert eine Verdoppelung der Investitionen in IKT-Forschung und Innovation in den nächsten zehn Jahren. Dazu werden die Mittel für Auftragsforschung im Rahmen des 7. Forschungsrahmenprogramms von 1,1 Mrd. € im Jahr 2010 auf 1,7 Mrd. € im Jahr 2013 erhöht. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, ihre Mittel ebenfalls aufzustocken.

Weitere Ziele der Kommission sind der Aufbau neuer IKT-Hightech-Zentren und die Schaffung günstiger Bedingungen für Marktentwicklungen und neue öffentlich-private Partnerschaften im IKT-Bereich.

Ausdrücklich wird die Erhöhung der Beteiligung von KMU angestrebt, z. B. im Rahmen der „Eurostars“-Initiative. Die Mitteilung ist Teil der Vorbereitungen für den europäischen Innovations- und Forschungsplan, der im Dezember 2008 vom Europäischen Rat aufgerufen wurde.

Weitere Informationen (englisch):

http://ec.europa.eu/information_society/tl/research/documents/ict-rdi-strategy.pdf

Kommission untersucht Wirksamkeit der Innovationsförderung

Die Europäische Kommission hat am 6. März 2009 eine öffentliche Konsultation zur Wirksamkeit der öffentlichen Innovationsförderung in Europa eingeleitet. Vor dem Hintergrund sich ständig weiterentwickelnder Innovationsmuster in Unternehmen strebt die Kommission eine Verbesserung der Mechanismen und Instrumente der öffentlichen Innovationsförderung, insbesondere für KMU, an. Die Ergebnisse der Konsultation werden in die Diskussion über den europäischen Innovationsplan einfließen, zu dem der Europäische Rat im Dezember 2008 aufgerufen hat.

Die Konsultation besteht aus zwei Fragebögen. Im ersten Fragenbogen werden Unternehmen direkt nach ihren Erfahrungen mit Innovationsfördermaßnahmen sowie nach Innovationshemmnissen befragt.

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=2658&userservice_id=1&request.id=0

Der zweite Fragebogen richtet sich an institutionelle Interessenträger, die in Ausgestaltung, Finanzierung, Durchsetzung und Evaluierung von Innovation fördernden Maßnahmen tätig sind.

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?action=display&doc_id=2659&userservice_id=1&request.id=0

Die Teilnahme an der Konsultation in englischer Sprache ist bis zum 4. Mai 2009 online möglich.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/itemlongdetail.cfm?item_id=2490&lang=de

Markenschutz wird günstiger: ab Mai rund 60 Mio. €Einsparungen

Unternehmen im EU-Binnenmarkt können ihre Marken künftig kostengünstiger schützen. Die Kommission und die EU-Mitgliedstaaten haben beschlossen, die Gebühren des EU-Markenamts weiter zu senken und das Registrierungsverfahren zu vereinfachen. Die Maßnahme ermöglicht Unternehmen ab dem 1. Mai 2009 Einsparungen von rund 60 Mio. € pro Jahr.

Die Eintragungsgebühr für Gemeinschaftsmarken entfällt zukünftig. Die Unternehmen brauchen somit nur noch eine Gebühr – die Anmeldegebühr – und keine Eintragungsgebühr mehr zu entrichten. Damit verkürzt sich auch die Bearbeitungszeit für die Eintragung einer Gemeinschaftsmarke erheblich.

Statt wie bisher 1.750 € für die Anmeldung und Eintragung einer Gemeinschaftsmarke fällt in Zukunft nur noch eine Anmeldegebühr von 1.050 € an. Bei Internet-Anmeldungen sinkt der Betrag sogar noch stärker: Statt derzeit insgesamt 1.600 € wird künftig nur noch eine Anmeldegebühr von 900 € berechnet.

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/internal_market/indprop/tm/index_de.htm

Studie: Welche Europäischen Städte mögen Unternehmer?

Unter diesem Titel wurde am 31. März 2009 in Brüssel eine interessante Studie vorgestellt. Aus 37 europäischen Städten gaben 2.400 Unternehmen ihre Einschätzungen zu folgenden Themen ab:

- Zugang und Förderung von Unternehmensgründungen
- Unterstützung vor der Gründung
- Unterstützung nach der Gründung
- Finanzielle Hilfen
- Umweltfaktoren

Die Studie hat folgende Ergebnisse erbracht:

- Europäische Unternehmer sind zufriedener mit den Leistungen als im Jahr davor.
- Helsinki ist die europäische Stadt, die am positivsten von den Unternehmen bewertet wurde. Finnland hat in den letzten Jahren eine Reihe von Programmen initiiert, um Unternehmensgründungen zu unterstützen und hatte für 2 Jahre den Vorsitz in dem Europäische Council for small business und Entrepreneurship inne (2002-2004). Helsinki hat diese Orientierung durch die Gründung einiger Institutionen unterstützt, die sich den KMU zuwenden.
- Es gibt deutliche nationale Einflüsse auf das Ranking: Unter den Top 10 rangieren fast ausschließlich skandinavische und deutsche Städte. Südeuropäische Städte sind auf den nachfolgenden Rängen zu finden. Besonders schlecht haben britische Unternehmen ihre Städte bewertet. Osteuropäische Städte haben respektable Rangplätze erreicht (Warschau Platz 10), Riga (16), Prag (19), was auf die ökonomische Entwicklung in den Ländern zurückgeführt wird.
- Die aktuelle Krise spiegelt sich in den Ergebnissen wieder: Die Zufriedenheit der Unternehmen ist überall dort gering, wo die Krise bereits deutliche Spuren hinterlassen hat, wie z.B. in Großbritannien. In Deutschland ist davon im Befragungszeitraum noch wenig zu spüren gewesen.
- Es gibt einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Zufriedenheit der Unternehmen und der Kohärenz der lokalen Politik. In Helsinki liegen die Bewertungen in den fünf Dimensionen ganz dicht beisammen, wohingegen sie in anderen skandinavischen Städten weiter auseinander fallen. Dies spricht dafür, auf der lokalen Ebene einen integrierten Ansatz zu Unterstützung von Unternehmensgründungen zu verfolgen, der z.B. die Dimensionen Unternehmensunterstützung und Umweltfaktoren verbindet.

Weitere Informationen (englisch):

http://www.ecer.fr/presentation_en.html

Umwelt und Energie

„Öko-Design“: Verbrauchskennzeichnung für energiesparende Elektrogeräte im Haushalt

Die EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine bessere Kennzeichnung der Energieeffizienz von Fernsehern, Kühlgeräten, Waschmaschinen und Geschirrspülern geeinigt. Der Regelungsausschuss für Ökodesign und Verbrauchskennzeichnung sprach sich für neue Regeln zur Verringerung des Energieverbrauchs verschiedener Produktgruppen aus. Die neuen Maßnahmen sollen Einsparungen beim Stromverbrauch in der EU von 51 Terawattstunden ermöglichen – so viel wie der jährliche Stromverbrauch von Portugal und Lettland zusammengenommen. EU-Energiekommissar Andris Piebalgs begrüßt besonders das neue Energieetikett, das den Verbrauchern klare Informationen vermittelt und die Marktumstellung auf energiesparende Geräte fördert. Die Kommission entscheidet über die Ökodesignanforderungen auf einer produktbezogenen Basis in Zusammenarbeit mit Fachleuten

der Mitgliedstaaten im Wege des sog. Komitologieverfahrens in mit Experten aus den EU-Mitgliedstaaten besetzten Ausschüssen.

Die Einführung von Kennzeichen für den Energieverbrauch von Produkten Mitte der neunziger Jahre hatte sich als wirksames Steuerungsinstrument für eine stärkere Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltsgeräte erwiesen. Da allerdings die meisten Produkte zur höchsten „A-Klasse“ gehören, hatte die Kommission über die „A-Klasse“ hinausgehende Bezeichnungen vorgeschlagen, um damit einen Anstoß zur Entwicklung noch umweltfreundlicherer Erzeugnisse zu geben.

Die jetzt vorgeschlagenen EU-Rechtsvorschriften für das neue Energieetikett für Fernsehgeräte und Haushaltsgeräte basieren auf den bekannten Energieeffizienzklassen „A“ bis „G“, die um neue dynamische Klassen ergänzt werden, die das Energieeffizienzniveau „A“ übertreffen. Dank der neuen Gestaltung des Etiketts sollen die Verbraucher auf einen Blick erkennen, inwiefern ein Erzeugnis tatsächlich „besser als A“ ist. So bedeutet etwa die Angabe „A-20 Prozent“, dass ein Gerät 20 % weniger Strom verbraucht als ein Modell der Effizienzklasse „A“.

Weitere Informationen zum Thema „Ökodesign“ und zur Energieverbrauchskennzeichnung unter (englisch):

http://ec.europa.eu/energy/efficiency/ecodesign/eco_design_en.htm

Verkehr und Stadtentwicklung

Ausschreibung: Beinahe eine Milliarde Euro für Projekte zum Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes

Die EU-Kommission hat zur Einreichung von Vorschlägen für das transeuropäische Verkehrsnetz in 2009 aufgefordert. Für die Finanzierung der TEN-V-Infrastrukturprojekte stehen Mittel in Höhe von fast einer Milliarde Euro zur Verfügung. Schwerpunkte dieser Aufforderungen sind Meeresautobahnen, intelligente Straßenverkehrssysteme und das Europäische Eisenbahnverkehrssystem. Die Frist zur Einreichung von Vorschlägen läuft bis zum **15. Mai 2009**.

Die diesjährigen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen gehören zu drei getrennten Arbeitsprogrammen:

1. TEN-V-Mittel in Höhe von 500 Mio. € werden im Rahmen des Europäischen Konjunkturprogramms als Antwort auf die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa bereitgestellt. Dieses Ad-hoc-Programm, das erst in diesem Jahr verabschiedet wurde, unterstützt Bauarbeiten, die 2009 oder 2010 beginnen und auch im Wesentlichen innerhalb dieser zwei Jahre durchgeführt werden.
2. Das mehrjährige Arbeitsprogramm (370 Mio. €) dient der Finanzierung der großen vorrangigen Vorhaben des transeuropäischen Verkehrsnetzes. Drei Gebiete stehen im Mittelpunkt der diesjährigen Aufforderung:

- Meeresautobahnen (vorrangiges TEN-V-Vorhaben Nr. 21), um tragfähige Alternativen für überlastete Straßen durch Verlagerung des Frachtverkehrs auf Seewege zu schaffen: höchstens 30 Mio. €;
 - das Europäische Eisenbahnverkehrsleitsystem (ERTMS), mit dem auch die europäischen Eisenbahn-Signalsysteme harmonisiert werden: höchstens 240 Mio. €;
 - intelligente Straßenverkehrssysteme, die den Straßenverkehr mit Hilfe der Informations- und Kommunikationstechnologien effizienter und sicherer machen sollen: höchstens 100 Mio. €
3. Das flexible jährliche Arbeitsprogramm (140 Mio. €) ergänzt die im Zuge des mehrjährigen Arbeitsprogramms unternommenen Anstrengungen. Es sieht einen Betrag von 60 Mio. € für das EU-Kreditgarantieinstrument vor, der dem jährlichen Beitrag der Kommission entspricht. Die Bereitstellung erfolgt über die Europäische Investitionsbank (EIB).

Potenzielle Antragsteller sind aufgefordert, ihre Vorschläge bis zum 15. Mai 2009 einzureichen. Bei der Bewertung der Vorschläge werden deren Bezug auf die Prioritäten und politischen Ziele des TEN-V-Programms, die Ausgereiftheit und die Auswirkungen der Vorhaben – insbesondere auf die Umwelt – sowie die Qualität der Vorschläge im Hinblick auf Vollständigkeit, Klarheit, Solidität und Kohärenz beurteilt.

Weitere Informationen (englisch):

http://tentea.ec.europa.eu/en/apply_for_funding/follow_the_funding_process/calls_for_proposals_2009.htm

http://tentea.ec.europa.eu/en/news_events/events/ten-t_info_day_-_22_april_2009.htm

Gesundheit und Verbraucherschutz

EP für einfacheren Zugang zu Gesundheitsleistungen im Ausland

Das EP hat am 23. April in erster Lesung den Bericht des britischen Abgeordneten John Bowis (EVP-DE) zum Richtlinienentwurf über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (KOM 2008, 414) angenommen. Ziel der Richtlinie ist es, den Patienten die Inanspruchnahme von Gesundheitsdienstleistungen im EU-Ausland zu erleichtern, die vollständige Rückerstattung der Kosten zu ermöglichen und ihre Informationsrechte zu stärken.

Diskussionen gab es im Parlament u.a. um die Rechtsgrundlage. Während die Kommission den Entwurf als Maßnahme zur Verwirklichung des Binnenmarktes auf Art. 95 EG-Vertrag stützt, forderten die Sozialisten (PSE) und die Linken den Schwerpunkt auf die Gesundheitsfürsorge zu legen. Rechtsgrundlage hierfür sei Art. 152 EG-Vertrag. Die Anträge auf Änderung der Rechtsgrundlage wurden jedoch abgelehnt.

Ferner wurde über die Einführung eines Systems durch die Mitgliedstaaten diskutiert, wonach die Leistungserbringer sich wegen der Kostenerstattung direkt an die

Kostenträger wenden und nicht an den Patienten. Zudem soll die Europäische Kommission prüfen, ob eine zentrale Verrechnungsstelle eingeführt werden kann. Diese soll die Rückerstattung der Kosten von Krankenhausleistungen und Spezialbehandlungen erleichtern.

Umstritten war die Vorabgenehmigung für die Erstattung der Kosten. Das EP billigte, dass sich Patienten Krankenhausleistungen und Spezialbehandlungen, die sie im europäischen Ausland in Anspruch nehmen möchten, vorab genehmigen lassen müssen. Die Abgeordneten sprachen sich weiterhin dafür aus, dass die Mitgliedstaaten selbst definieren, was Krankenhausdienstleistungen sind. Schließlich wurde die Einrichtung eines Ombudsmanns vorgeschlagen. Er soll sich mit Patientenbeschwerden befassen, wenn diese innerhalb des Mitgliedstaats nicht gelöst werden können.

Anfang Juni werden die EU-Gesundheitsminister über den Richtlinienvorschlag beraten.

Richtlinienvorschlag der Kommission:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0414:FIN:DE:PDF>

EP-Bericht:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A6-2009-0233+0+NOT+XML+V0//DE>

Weitere Informationen:

<http://www.euractiv.com/de/gesundheit/patientenmobilitaet/article-157130>

Veröffentlichung des jährlichen Berichts der Kommission zur Produktsicherheit

Nach dem am 20. April 2009 vorgelegten Bericht hat es im Jahr 2008 rund 1.900 Warnungen im Rahmen des europäischen Warnsystems für gefährliche Produkte (ohne Lebensmittel) RAPEX gegeben. Diese Meldungen über gefährliche Produkte wie Spielzeug oder Haushaltsgeräte führen zu Rückrufen nicht nur in der EU, sondern - z.B. im Bereich des Spielzeugs aus chinesischer Herstellung - auch zu weltweiten Rückrufaktionen von mangelhaften Produkten durch die Hersteller und zu frühzeitigen Warnungen an die Verbraucher.

Der Bericht der Kommission, mit dem auch eine Bilanz zum fünfjährigen Bestehen des europäischen Warnsystems gezogen wird, ist zu finden unter (englisch):

http://ec.europa.eu/consumers/reports/reports_en.htm

Informationen zum RAPEX-System der EU (englisch):

http://ec.europa.eu/consumers/safety/rapex/index_en.htm

Lebensqualität in Europa

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen hat im März 2009 ihren zweiten umfassenden Überblick zur Lebensqualität in Europa vorgelegt.

Der Bericht (in englischer Sprache) fasst die Einschätzungen und Erfahrungen der Europäer in den Bereichen Beschäftigung, Einkommen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familiäres und gesellschaftliches Leben, Gesundheit und Wohnen zusammen. Er untersucht Faktoren, die das Wohlbefinden beeinflussen, und reflektiert die Ansichten der Menschen über die Gesellschaft.

Weitere Informationen (englisch):

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2009/02/en/1/EF0902EN.pdf>

Justiz und Inneres

Rahmenbeschlussvorschläge der Kommission zur Bekämpfung von Menschenhandel, sexuellem Missbrauch von Kindern und Kinderpornografie

Die Kommission hat am 25. März 2009 zwei Vorschläge für Rahmenbeschlüsse zur Bekämpfung von Menschenhandel, sexuellem Missbrauch von Kindern, sexueller Ausbeutung und Kinderpornografie verabschiedet. Die Vorschläge beinhalten Maßnahmen zur besseren Unterstützung der Opfer und ein härteres Vorgehen gegen Straftäter in den betroffenen Bereichen.

Der Vorschlag zur Bekämpfung des Menschenhandels sieht eine Strafverfolgung auch im Ausland begangener Straftaten vor und soll nationale Rechtsvorschriften und Strafraumen angleichen. Opferschutzmaßnahmen sollen intensiviert und verbessert werden.

Der Vorschlag zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern berücksichtigt die Neuerungen durch den technischen Fortschritt. So soll beispielsweise das Betrachten kinderpornographischer Darstellungen im Internet, auch ohne dass Dateien heruntergeladen werden, oder die Zurschaustellung von Kindern vor Webcams ebenso unter Strafe gestellt werden wie die Kontaktaufnahme mit Kindern mittels Informationssystemen zum Zwecke des sexuellen Missbrauchs. Die Mitgliedstaaten sollen erforderliche Maßnahmen treffen, damit die zuständigen Justiz- oder Polizeibehörden vorbehaltlich angemessener Schutzvorschriften die Sperrung des Zugangs von Internetnutzern zu Webseiten, die Kinderpornografie enthalten oder verbreiten, anordnen oder auf ähnliche Weise erwirken können. Die Vorschläge sollen die bereits bestehenden Rahmenbeschlüsse 2002/629/JI zur Bekämpfung des Menschenhandels und 2004/68/JI zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornografie ersetzen. Der Rat befasste sich erstmalig in seiner Sitzung am 6. April mit den Vorschlägen.

Die Pressemitteilung der Kommission sowie dazugehörige Memos sind unter folgenden Links abrufbar (englisch):

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/472&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/131&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/130&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/jha/107164.pdf

Informationsgesellschaft, Medien und Kultur

Durchbruch bei Telekom-Reformpaket, Gesamtlösung wahrscheinlich

Am 30. März konnten sich Rat und Parlament über die schwierigsten noch offenen Punkte einigen. Hierzu gehört insbesondere die Einigung auf eine Zwei-Säulen-Struktur der europäischen Regulierungsbehörde, in der die 27 nationalen Aufsichtsbehörden zusammen arbeiten. Investitionen in neue Glasfasernetze sollen dadurch gefördert werden, dass kleine Anbieter für den Zugang zu diesen Netzen eine Risikozulage bezahlen müssen. Breitbandinternet soll Universaldienst werden. Noch nicht geklärt sind Fragen des Daten- und Verbraucherschutzes. Hierzu sind ab 2. April acht Verhandlungsrunden geplant. Bei erfolgreichem Ausgang kann das Plenum des EP Anfang Mai über das gesamte Paket abstimmen. Nach dem gegenwärtigen Beratungsstand im Trilog erscheint eine Einigung auf eine Gesamtlösung bis Juni wahrscheinlich.

Pressemitteilung:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+IM-PRESS+20090330IPR52900+0+DOC+XML+V0//EN&language=DE>

Roaming-Verordnung: EP-Abgeordnete und Ratspräsidentschaft einigen sich auf weitere Tarifsenkungen

Anrufe, Kurznachrichten und Datenabrufe per Mobiltelefon aus dem Ausland sollen von Juli dieses Jahres an billiger werden. Mit großer Mehrheit hat das EP am 22. April die Änderung der Roamingverordnung gebilligt, auf die sich Abgeordnete und der tschechische Ratsvorsitz in informellen Verhandlungen geeinigt hatten.

Vom 1. Juli dieses Jahres an dürfen abgehende Telefonate noch maximal 43 Cent plus Mehrwertsteuer je Minute kosten, ankommende Anrufe 19 Cent. Bis 2011 werden die Höchstpreise stufenweise weiter gedrückt auf 35 bzw. 11 Cent je Minute. Außerdem müssen die Netzbetreiber die Gespräche von der 31. Sekunde an sekundengenau abrechnen. Neu ist eine Preisobergrenze von 11 Cent plus Steuer für SMS, die aus dem Ausland verschickt werden. Um das Senden von Bildern und Emails sowie das mobile Surfen im Netz im Ausland zu verbilligen, dürfen sich die Netzanbieter ab Juli 2009 gegenseitig höchstens einen Euro plus Mehrwertsteuer je

Megabyte berechnen, bis Juli 2011 sinkt diese Grenze in zwei Stufen auf 50 Cent. Damit Handykundinnen und -kunden nicht von hohen Rechnungsbeträgen böse überrascht werden, sollen 50 € plus Steuern für Datenroaming als automatische Grenze festgelegt werden. Sobald 80 % des Betrags verbraucht sind, muss der Anbieter dem Kunden oder der Kundin einen Warnhinweis schicken. Ist der Grenzbetrag erreicht, wird eine Nachricht fällig, die erläutert, wie der Dienst weiter genutzt werden kann. Kommt darauf keine Reaktion, soll der Anbieter das Datenroaming beenden.

Mitte 2012 läuft die Verordnung aus. Ein Jahr vorher muss die Kommission ihre Wirkung überprüfen und andere Möglichkeiten der Wettbewerbssicherung beim Roaming analysieren.

Die Presseinformation des EP finden Sie unter:

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/052-54063-111-04-17-909-20090421IPR54062-21-04-2009-2009-false/default_de.htm

Pressemitteilung der RUDOLF-ALEXANDER-SCHRÖDER-STIFTUNG

Bremer Literaturpreisträger in Brüssel

Auf Einladung der Bremer EU-Vertretung, der Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung und des Goethe-Instituts Brüssel stellte der Förderpreisträger des Bremer Literaturpreises 2009, Mathias Gatza, am Donnerstag, dem 26. März sein Buch „Der Schatten der Tiere“ dem deutschsprachigen Publikum in Brüssel vor.

Bei einer Lesung im Goethe-Institut Brüssel verfolgten 85 Gäste sehr interessiert die Lesung Matthias Gatzas, unter der Moderation von Dr. Uta Schaffers (Universität Gent). Aus dem Publikum kamen viele Fragen, die ein hohes Interesse an der deutschen Gegenwartsliteratur spiegelten.

Bei der Lesung in der Internationalen Deutschen Schule in Brüssel folgte am nächsten Morgen ein sehr interessiertes junges Publikum (16- bis 18-jährige) Gatzas Worten und diskutierte angeregt und kompetent mit dem Bremer Förderpreisträger. Die Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung, die Bremer Vertretung und das Goethe-Institut Brüssel wollen mit dieser Veranstaltung auch in den kommenden Jahren den Bremer Literaturpreis und den Förderpreis in der EU-Hauptstadt präsentieren.

Weitere Informationen:

Tobias Peters

Rudolf-Alexander-Schröder-Stiftung

c/o Stadtbibliothek Bremen

Tel.: 0421 / 361-47 08

Email: tobias.peters@stadtbibliothek.bremen.de

www.rudolf-alexander-schroeder-stiftung.de

www.literarischewoche.de

Redaktion

Über Ihre Anregungen zu den EU-INFORMATIONEN und eigene Beiträge freuen wir uns. Wir bitten bereits jetzt um Ihr Verständnis für mögliche Textkürzungen oder –änderungen, wenn diese aus redaktionellen Gründen unvermeidlich sind.

Bitte richten Sie Ihre Beiträge an:

Hans-Joachim Schröder
Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa
Abteilung Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Ansgaritorstr. 22
28195 Bremen

Tel.: +49 421 361-8532

Fax: +49 421 496-96877

E-Mail: Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de

Internet: www.europa.bremen.de

Ältere Ausgaben der EU-INFORMATIONEN sind unter obiger Internet-Adresse im Archiv zu finden.

Bereich Europa

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bereichs Europa in Brüssel und Bremen sind unter folgenden Tel.-Nr. bzw. E-Mail-Adressen zu erreichen:

Name/Zuständigkeit	Telefon	E-Mail
Christian Bruns Leiter der Vertretung bei der EU und Leiter der Abt. EU u. Entwicklungszusammenarbeit	+32 2 230-2765	Vertretung@Bremen.be
Büro Brüssel		
Hélène Tabourot/Ulrike Westphal Sekretariat	+32 2 230 2765	Vertretung@Bremen.be
Marta Giammario Projektassistenz f. d. Veranstaltungsplanung	+32 2 282-0075	Giammario@Bremen.be
Dr. Frank Castenholz Inneres, Justiz, Kultur, Sport, Erweiterung EU, GASP, Medienpolitik	+32 2 282-0072	Castenholz@Bremen.be
Gerlind Schütte Wirtschaft, Häfen, Finanzen, Entwicklungszus.arbeit	+32 2 282-0078	Schuette@Bremen.be
Renate Lürssen Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend, Soziales	+32 2 282-0077	Luerssen@Bremen.be
Dr. Martina Hilger Wissenschaft, Forschung, Technologie, Informationsgesellschaft	+32 2 282-0073	Hilger@Bremen.be
Constanze Ripke Bildung, AdR, Veranstaltungen in der Vertretung	+32 2 282-0076	Ripke@Bremen.be
Torsten Raff Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung	+32 2 282-0070	Raff@Bremen.be
Büro Bremen		
N.N. Sekretariat u. Verwaltung	+49 421 361-4238	
N.N. AdR, EU-INFORMATIONEN, Dante-Dienst	+49 421361-14079	
Hans-Joachim Schröder EMK, Brem. Bürgerschaft, Arbeitskreis EU-Ref., Dienstaufsicht. am Bremer Sitz der Abteilung	+49 421 361-8532	Hans-Joachim.Schroeder@europa.bremen.de
Dr. Katja Eichler Europapol. Informations- u. Öffentlichkeitsarbeit, EU- bez. Lehrerfortbildung, Fortbildung z. Verbesserung d. Europafähigkeit d. bremischen Verwaltung	+49 421-361-10841	Katja.Eichler@europa.bremen.de
Horst Seele-Liebetanz Interreg. Kooperation, Neue Hanse Interregio (NHI), Fördermittelberatung,	+49 421 361-8995	Horst.Seele-Liebetanz@europa.bremen.de
Heide-Lore Swiecikowski , Leitung EuropaPunktBremen, „Europawoche“, Europa- recht, Mediale Präsentation d. Bereichs Europa	+49 421 361-15682	Heide.Swecikowski@europa.bremen.de
Claudia Elfers Erfassung der interregionalen Koop.beziehungen	+49 421 361-16882	Claudia.Elfers@europa.bremen.de